

Verwaltung

Andrea Arnim	Amt für Umwelt- und Klimaschutz
Heiko Tiburtius	Tiefbauamt
Matthias Gaede	Tiefbauamt
Ralph Müller	Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft
Holger Matthäus	Senator für Infrastruktur, Umwelt und Bau
Stefan Krause	Amt für Mobilität

Gäste

Aline Farbacher	NNN
Dr. Florian Börgel	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der
Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und
der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom
10.12.2020
- 4 Anträge
 - 4.1 Julia Kristin Pittasch (FDP), Christoph Einfeld (FDP) **2020/AN/1754**
Versorgung mit Essen an Schulen in kommunaler
Trägerschaft abgelehnt
 - 4.2 Dr. Sybille Bachmann (für die Fraktion Rostocker Bund) **2021/AN/1855**
Einbindung Schnatermann in BUGA Rostock 2025 vertagt
- 5 Beschlussvorlagen
 - 5.1 Fernwärmesatzung Geltungsbereich **2020/BV/1581**
ungeändert beschlossen
 - 5.2 Erste Satzung zur Änderung der Satzung für
mitgestaltende Bürgerbeteiligung in der Hanse- und
Universitätsstadt Rostock **2020/BV/1781**
ungeändert beschlossen
- 6 Informationsvorlagen

6.1 Vorpommernbrücke - aktuelle Information zum Bauwerkszustand sowie zur beabsichtigten weiteren Vorgehensweise

2020/IV/1786
zur Kenntnis gegeben

7 Verschiedenes

7.1 Information zur Struktur des Amtes für Mobilität und Verzahnung mit Tiefbauamt

7.2 Informationen der Ausschussmitglieder aus Beiräten, Arbeitsgruppen o. Ä.

7.3 Weitere Informationen

8 Schließen der Sitzung

Protokoll

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Frau Krönert eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung fest. Die Einladung ist rechtzeitig zugegangen und durch Aushang bekannt gemacht worden. Zu Beginn der Sitzung sind 9 von 11 Mitgliedern oder deren Stellvertreter anwesend. Damit ist der Ausschuss beschlussfähig.

2 Änderung der Tagesordnung

Die Nachtragstagesordnung wird einstimmig bestätigt.

3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.12.2020

Die Niederschrift der letzten Sitzung wird mit acht Fürstimmen, keiner Gegenstimme und einer Stimmenthaltung genehmigt.

4 Anträge

4.1 Julia Kristin Pittasch (FDP), Christoph Eisfeld (FDP)

2020/AN/1754

Versorgung mit Essen an Schulen in kommunaler Trägerschaft

Herr Reinke lehnt den Antrag ab. Zwar sollte es das Ziel sein, an Rostocker Schulen Essen von hoher Qualität bereitzustellen, es besteht jedoch auch das grundlegende Ziel gleich-

wertige Lebensverhältnisse zu schaffen. Mit einer kleinteiligen Versorgungsstruktur könnten sowohl Preis- als auch Qualitätsunterschiede je nach Einrichtung und Stadtbereich entstehen.

Frau Pittasch stellt den Antrag vor. Sie führt u.a. aus, dass durch Mehrmengen der Preis nicht gemindert werden kann. Eine kleinteilige Vergabe bietet lokalen Caterern und Gastronomen, die im Zuge der Corona-Pandemie Umsatzeinbußen oder Insolvenzen erfahren haben, zudem die Möglichkeit einen zusätzlichen bzw. neuen Geschäftszweig aufzubauen. Bei der Vergabe könnte beispielsweise ein Los einen beliebten und einen weniger beliebten Standort enthalten.

Herr Engelmann spricht sich ebenso gegen den Antrag aus. Stattdessen plädiert er für eine gute Ausschreibung, welche die Qualitätsaspekte berücksichtigt. Es sollte nur einen Anbieter für die Essensversorgung an Schulen in kommunaler Trägerschaft geben.

Herr Hannemann befürwortet die Regionalisierung sowie die Kommunalisierung der Schülerversorgung.

Frau Schulz stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung bis März 2021. Der Antrag wird mit zwei Fürstimmen, sechs Gegenstimmen und zwei Stimmenthaltungen abgelehnt.

Beschluss:

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie die Hanse- und Universitätsstadt Rostock den bisherigen Vertrag zur Versorgung mit Essen in den Rostocker Schulen schnellstmöglich beendet und sodann eine auf Sozialräume und Schulen zugeschnittene kleinteilige Ausschreibung der Essensversorgung vorbereitet, bei der im Leistungsvertrag zusätzlich ein verbindlicher Mindestanteil jeweils an regionalen Komponenten und Zutaten aus zertifiziertem ökologischem Landbau vorgegeben wird. Die Berichterstattung erfolgt zur Sitzung der Bürgerschaft im März 2021.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung:

Abstimmungsergebnis:

Dafür:	2
Dagegen:	6
Enthaltungen:	2

Angenommen	
Abgelehnt	x

Abstimmung über Antrag:

Abstimmungsergebnis:

Dafür:	1
Dagegen:	5
Enthaltungen:	4

Angenommen	
Abgelehnt	x

Einbindung Schnatermann in BUGA Rostock 2025

Herr Massenthe unterstützt den vorliegenden Antrag und erläutert die bisherige Entwicklung des Schnatermanns. Die Sperrung des Hafens sollte kurzfristig bis Mai 2021 behoben werden. Das Hafen- und Seemannsamt hat dazu bereits mehrere Varianten untersucht, die demnächst vorgestellt werden sollen. Die Kosten für die Sanierung in Höhe von 5 Mio. Euro waren ursprünglich im Haushalt 2020/21 eingestellt, wurden jedoch auf den kommenden Haushalt verschoben.

Her Müller weist darauf hin, dass bei einer Finanzierung über Fördermittel die Bindung an die Fristen eventuell vorangegangener Förderungen beachtet werden müssen.

Herr Engelmann stellt klar, dass es einen Unterschied zwischen dem vorliegenden Antrag (Schnatermann als möglichen Außenstandort der BUGA) und der Wiederherstellung der Nutzbarkeit des Sportboothafens gibt. Außerdem sei für die BUGA nur eine bestimmte Summe an Fördermitteln vorhanden. Wenn ein Teil der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel in den Schnatermann fließt, fehlen diese Mittel wiederum bei anderen Projektbausteinen. Wenn Schwerin Außenstandort der BUGA wird, besteht der Unterschied darin, dass eine andere Stadt Antragsteller ist.

Frau Raeuber schlägt vor, den Antrag zu vertagen bis der BUGA-Ausschuss dazu getagt hat. Herr Kröger stimmt dem zu. Der Schnatermann war schon einmal als Außenstelle der BUGA definiert worden, wurde aber letztlich nicht ausgewählt.

Herr Kühner ergänzt, dass das Forstamt in die Diskussion einbezogen werden sollte, um etwaige Absichten an diesem Standort erläutert zu bekommen.

Die Mitglieder sprechen sich mit neun Fürstimmen, einer Gegenstimme und keiner Stimmenthaltung mehrheitlich für die Vertagung des Antrags aus.

Beschluss:**Beschlussvorschlag:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Gebiet Schnatermann in die BUGA Rostock 2025 einzubinden, möglichst als Außenstandort, und hierfür alle Möglichkeiten der Akquise von Fördermitteln zu nutzen.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung:**Abstimmungsergebnis:**

Dafür:	9
Dagegen:	1
Enthaltungen:	0

Angenommen	x
Abgelehnt	

5 Beschlussvorlagen

5.1 Fernwärmesatzung Geltungsbereich

2020/BV/1581

Frau Pittasch erkundigt sich, ob durch die Erweiterung des Geltungsbereichs der Satzung ein Anschlusszwang in diesem Bereich entsteht. Frau Arnim antwortet, dass der Anschlusszwang nur für die Straßen besteht, die in der Straßenliste im Anhang aufgeführt sind.

Herr Hannemann ist gegen einen Anschlusszwang. Die Hauseigentümer sollten selbst entscheiden können, ob sie eine andere Energiequelle nutzen möchten. Frau Arnim sagt, dass diese Möglichkeit im Rahmen der Satzung gegeben ist. So können beispielsweise auch energieautarke Häuser oder Häuser mit Energiequellen mit geringerem CO₂-Ausstoß in den Straßen mit Anschlusszwang realisiert werden.

Beschluss:

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft beschließt die Satzung über die öffentliche Versorgung mit Fernwärme in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock (Anlage).

Abstimmung:

Dafür:	7
Dagegen:	2
Enthaltungen:	1

Abstimmungsergebnis:

Angenommen	x
Abgelehnt	

5.2 Erste Satzung zur Änderung der Satzung für mitgestaltende Bürgerbeteiligung in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock

2020/BV/1781

Herr Müller erläutert die Beschlussvorlage.

Beschluss:

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft beschließt die Erste Satzung zur Änderung der Satzung für mitgestaltende Bürgerbeteiligung in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock (Anlage 1).

Abstimmung:

Dafür:	10
Dagegen:	0
Enthaltungen:	0

Abstimmungsergebnis:

Angenommen	x
Abgelehnt	

6 Informationsvorlagen

6.1 Vorpommernbrücke - aktuelle Information zum Bauwerkszustand sowie zur beabsichtigten weiteren Vorgehensweise

2020/IV/1786

Herr Gaede informiert, dass aufgrund der festgestellten Verformungen der Vorpommernbrücke aktuell der jeweils rechte Fahrstreifen für Lkw ($\geq 7,5$ t) gesperrt ist. Demnächst finden Spannkraftuntersuchungen statt. Es wird versucht, die Ursache für die Verformungen zu finden und diesen entgegenzuwirken. Es besteht aber auch die Möglichkeit, dass die Ursachen am Bauwerk selbst liegen.

Frau Raeuber erkundigt sich, welche Auswirkungen der Zustand der Vorpommernbrücke auf die BUGA hat. Herr Gaede antwortet, dass nicht auszuschließen ist, dass zur BUGA an der Brücke gebaut werden muss. Die Untersuchungen müssen zuerst abgewartet werden. Herr Matthäus ergänzt, dass es das Ziel ist, mit den Bauarbeiten erst nach der BUGA zu beginnen.

Herr Bauer schlägt vor, bei der Variantenuntersuchung auch die Behelfsbrücke der A 20 einzubeziehen.

Herr Hannemann möchte gern wissen, ob eine Pontonbrücke als Zwischenlösung zum Einsatz kommen könnte. Herr Gaede sagt, dass derzeit verschiedene Varianten in der Prüfung sind – eine Verstärkung der Brücke, ein Unterbau, ein Ponton oder ein Neubau daneben. Herr Hannemann merkt zudem an, dass sich viele Lkw nicht an die Einschränkungen halten. Herr Gaede antwortet, dass man nicht sieht, ob ein Lkw beladen ist oder nicht. Grundsätzlich wird es hier eine Zusammenarbeit mit der Polizei geben.

7 Verschiedenes

7.1 Information zur Struktur des Amtes für Mobilität und Verzahnung mit Tiefbauamt

Herr Krause stellt die Struktur des Amtes für Mobilität vor (Anlage 1 – Organigramm des Amtes für Mobilität).

Frau Krönert stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Rederecht für Herrn Dr. Börgel. Die Mitglieder des Ausschusses stimmen dem Antrag einstimmig zu.

Herr Dr. Börgel hinterfragt, welche Akzente das Amt setzen möchte. Die Planung in der Ulmenstraße ermöglicht momentan das Parken auf dem Mittelstreifen. Herr Krause erläutert, dass der Planungsprozess für die Sanierung der Ulmenstraße bereits vor 5-6 Jahre war. Die Nutzungsansprüche haben sich inzwischen geändert. Der Mittelstreifen war ursprünglich als Querungshilfe gedacht. Sowohl aktuelle Planungen als auch für die Überarbeitung bestehender Verkehrswege rücken Fahrrad- und Fußverkehre zunehmend in den Fokus.

Frau Raeuber erkundigt sich nach der Zusammenarbeit mit dem Kommunalen Ordnungsdienst. Herr Krause sagt, dass es hier eine enge Zusammenarbeit und ständigen Austausch gibt.

**7.2 Informationen der Ausschussmitglieder aus Beiräten, Arbeitsgruppen
o. Ä.**

Es werden keine Informationen vorgetragen.

7.3 Weitere Informationen

Die ursprünglich für den 28.01.2021 geplante Sitzung des Ausschuss entfällt.

8 Schließen der Sitzung

Frau Krönert schließt die Sitzung.